Tätigkeitsbericht 2022 der Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Die Fachstelle „Sichern und Wohnen“ des Landkreises Darmstadt-Dieburg, bestehend aus der Bietergemeinschaft des Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg und der PaSo gGmbH, kümmerten sich auch im zweiten Projektjahr, mit einem Fachkräfteschlüssel von 2,85 Vollzeitstellen, gemäß ihrem Auftrag, um wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen im Landkreis.

Das Leistungsspektrum umfasst die Prävention von Wohnungsverlust, Zugang zu neuem Wohnraum für bereits Betroffene, Beratung in den ordnungsrechtlichen Unterkünften der Kommunen und offene Sprechstunden.

2022 fanden einige interne Personalwechsel statt. Eine dadurch vakante Stelle konnte nicht wiederbesetzt werden. 50% Stellenanteil konnte durch Aufstockung kompensiert werden.

Der Hauptsitz der Fachstelle wurde von Groß-Zimmern nach Reinheim verlegt. Dort wurden, ebenso wie in Babenhausen und Weiterstadt, die Sprechstunden zu festgelegten, regelmäßigen Zeiten angeboten.

2022 wurde die Zusammenarbeit mit allen 23 Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum Schwerpunkt der Ordnungsrechtlichen Unterbringung intensiviert. In 10 Kommunen wurde die Fachstelle über die grundsätzlichen Aufgaben hinaus z.B. zu den Themen „Mindeststandards der Ausstattung / bauliche Veränderungen“ und „Geschlechtersensible Unterbringung“ beratend hinzugezogen.

Regelmäßige Austauschtreffen sowohl mit den Ansprechpartner*innen der Kreisverwaltung, mit anderen Akteuren der Wohnungsnotfallhilfe, als auch die Teilnahme an der AG Wohnungssicherung und eine enge Zusammenarbeit mit dem Mieterschutzbund waren auch 2022 obligatorisch.

Im vorliegenden Berichtsjahr nahmen 443 Haushalte die Unterstützung der Fachstelle in Anspruch.

- In 52 Fällen waren Minderjährige betroffen.
- In 69 Fällen war eine Räumungsklage anhängig
- 59 Fälle brauchten Unterstützung aufgrund von angeordnetem Wohnungswechsel
- 58 Fälle wurden in den Notunterkünften beraten
- 52 Fälle meldeten sich aufgrund einer Kündigung durch Mietschulden
- 40 Fälle waren kurz vor einer Wohnungskündigung

Die Fachstelle konnte:

- 29 Fälle von einer Notunterkunft in geeigneten Wohnraum vermitteln
- In 20 Fällen den Wohnraumverlust abwenden
- 15 Fälle in das ambulante Betreute Wohnen nach §67ff. SGBXII vermitteln

Signifikant bei den Hilfesuchenden waren neben der Bedrohung durch den Wohnungsverlust gesundheitliche Probleme (35), unangemessener Wohnraum (32), vermüllte Haushalte (12) und gewaltgeprägte Lebensumstände (11).

Die Personen in den Notunterkünften sind dort im Durchschnitt länger als ein Jahr untergebracht. Die Gründe hierfür sind u.a. die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt, fehlender angemessener Wohnraum, psychisch auffällige Verhaltensmuster und negative Schufa-Einträge.

Im kommenden Jahr werden weitere Kündigungen der Wohnräume und/oder Räumungsklagen erwartet. Mindeststandards in den Unterkünften zur ordnungsrechtlichen Unterbringung bleibt weiter ein Thema für die Fachstelle, als auch der weitere Ausbau von Netzwerken und Kooperationen.